

Veröffentlicht im Elektronischen Bundesanzeiger am 04.06.2010:

VOLKSWAGEN

AKTIENGESELLSCHAFT

Bekanntmachung entsprechend §§ 249, 248a AktG

Am 10. Juni 2008 haben wir nach § 246 Abs. 4 S. 1 AktG veröffentlicht, dass das Land Niedersachsen, Hannover, Deutschland, und die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft, Hannover, Deutschland, gegen die Beschlussfassung in der Hauptversammlung der Volkswagen Aktiengesellschaft vom 24. April 2008 zu Tagesordnungspunkt 9.2 eine Klage erhoben hatten.

Diese Klage haben die beiden Kläger am 31. Mai 2010 zurückgenommen.

Im Zusammenhang mit dieser Klagerücknahme ist zwischen den Klägern und der Beklagten am 31. Mai 2010 folgende Vereinbarung getroffen worden:

- (1) Die Kläger werden ihre Klage mit den Haupt- und Hilfsanträgen vor dem Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Celle vom 02.06.2010 zurücknehmen. Die Beklagte wird der Klagerücknahme zustimmen.
- (2) Die Beklagte hat sich verpflichtet, keine Kostenanträge zu stellen.
- (3) Die Beklagte wird die Kläger von etwaigen Gerichtskosten I. und II. Instanz nach Vorlage entsprechender Gerichtskostenrechnungen freistellen bzw. bereits gezahlte Kosten erstatten.

Des Weiteren wird die Beklagte die Kläger im Hinblick auf die gesetzlichen Gebühren der von ihnen beauftragten Rechtsanwälte Lovells LLP, die in der I. Instanz angefallen sind, freistellen bzw. bereits gezahlte Gebühren erstatten.

Die Beklagte stellt ferner die Kläger von berechtigten Kostenerstattungsansprüchen der Nebenintervenienten für die I. und II. Instanz, die auf Seiten der Beklagten dem Rechtsstreit beigetreten sind, nach Vorlage entsprechender Kostenfestsetzungsbeschlüsse frei.

Die Kläger werden der Beklagten die Gerichtskostenrechnungen und Kostenfestsetzungsbeschlüsse unverzüglich nach Erhalt zuleiten. Sollten sich in den Gerichtskostenrechnungen und/oder den Kostenfestsetzungsbeschlüssen nach Auffassung der Beklagten Fehler befinden, verpflichten sich die Kläger, auf Verlangen der Beklagten Rechtsmittel gegen die Gerichtskostenrechnungen und/oder die Kostenfestsetzungsbeschlüsse einzulegen. Etwaige dafür anfallende Kosten trägt die Beklagte.

- (4) Die Kläger und die Beklagte tragen die Kosten der von ihnen beauftragten Rechtsanwälte für die II. Instanz jeweils selbst.

Die auf Seiten der Beklagten beigetretenen Nebenintervenientin Porsche Automobil Holding SE hat gegenüber der Beklagten erklärt, dass sie keinen Kostenantrag stellen wird.

Die Volkswagen Aktiengesellschaft hat der Klagerücknahme zugestimmt, so dass damit dieser Rechtsstreit beendet ist.

Klagen anderer Aktionäre sind von dieser Klagerücknahme nicht berührt.

Wolfsburg, den 1. Juni 2010

Der Vorstand